

vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN AKTUELL

Schulreform durchgesetzt

Die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ist das Ziel der Schulstrukturreform, die von der rot-roten Mehrheit im Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Künftig wird es mit Sekundarschule und Gymnasium nur noch zwei Schulformen geben. Alle Sekundarschulen werden Ganztagschulen, das bedeutet, bis 16 Uhr gibt es für die Schülerinnen und Schüler Bildungs- und Betreuungsangebote. „Noch immer bestimmt allzu oft die soziale Herkunft über den Bildungserfolg eines jungen Menschen“, sagte Bildungsminister Jürgen Zöllner im Berliner Abgeordnetenhaus. „Ich glaube, dass es möglich ist und möglich sein muss, die Leistungsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler zu steigern.“ Der 13jährige Weg zum Abitur sei eine vernünftige Antwort, um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern eine Chance auf diesen höchsten schulischen Bildungsabschluss zu geben, wobei die Bedeutung des bewährten Gymnasiums mit seinem um ein Jahr kürzeren Weg unbestritten sei.“

Mehr Lehrer und Erzieher

Um den steigenden Bedarf an Lehrern und Erziehern zu decken, geht der Senat neue Wege. Im Erzieherbereich soll Quereinsteigern eine Ausbildung angeboten werden, im Lehrerbereich wird die Zahl der Studienplätze noch einmal erhöht.

Zum 1. Februar 2010 stellt die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 200 Lehrkräfte unbefristet neu ein, überwiegend in Mangelfächern. In einer zusätzlichen Offensive für den Lehrerberuf werden 300 zusätzliche Referendariatsplätze und - in diesem und den drei Folgejahren jeweils - 150 zusätzliche Studienplätze für Lehramtsstudenten/innen geschaffen, um mehr Lehrkräfte für Berlin zu gewinnen und an die Stadt zu binden. Ab 2010 stehen 2.200 Plätze im Vorbereitungsdienst zur Verfügung. Den erheblichen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern sollen auch Quereinsteiger - nach entsprechender gründlicher Weiterbildung - decken. Bildungsminister Jürgen Zöllner sieht darin keine Notlösung, sondern eine pädagogisch sinnvolle Ergänzung, wenn Leute mit anderen Erfahrungen, zum Beispiel auch Handwerker, geholt werden.



Kein Ende der Zugaussfälle: Seit dem Sommer ist der S-Bahnbetrieb unregelmäßig.

SENAT VERSTÄRKT DRUCK AUF BAHN

Nahverkehr wieder in Fahrt bringen

Der Berliner Senat setzt die Bahn weiter unter Druck, um wieder zu einem funktionierenden Nahverkehr zu kommen. Von Bahnchef Grube forderte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit jetzt "eine verbindliche Zusage", wann die S-Bahn den Normalbetrieb wieder herstellt. Verkehrsminister Ingeborg Junge-Reyer machte die Alternativen deutlich, die Berlin zum Betrieb durch den bisherigen Monopolisten hat. Auf ihren Druck hin will die Bahn nun auch weitere Entschädigungen für die Fahrgäste prüfen.

„Die Berlinerinnen und Berliner brauchen keine wissenschaftlichen Abhandlungen, warum das alles so kompliziert ist. Die Leute haben schlicht und ergreifend die Schnauze voll“, stellte Klaus Wowereit fest. Die S-Bahn und der gesamte Konzern seien in einer ernststen Lage. Das Image Berlins, über ein vorbildliches Nahverkehrsangebot zu verfügen, sei zerstört worden. Es müsse das Interesse auch der Bahn sein, diesen Imageschaden aus der Welt zu schaffen.

„Wir können die aktuellen Probleme bei der S-Bahn nicht kurzfristig lösen“, machte der SPD-Verkehrsexperte Christian Gaebler vor dem Berliner Abgeordneten-

tenhaus deutlich. „Wir müssen aber alles in Bewegung setzen, damit die Bahn AG zum einen die Belastungen für die Fahrgäste so gering wie möglich hält – durch Ersatzverkehr, gute Informationen und Servicepersonal auf den Bahnsteigen, das die Auswirkungen abmildert –, zum anderen die Fehlentscheidungen der Vergangenheit aufhebt und massiv in die S-Bahn investiert.“

Verkehrsminister Ingeborg Junge-Reyer stellt derzeit die Weichen, um die Monopolstellung der Deutschen Bahn AG zu brechen. So prüft die Senatsverwaltung drei Varianten: Zum einen die wettbewerbliche Vergabe eines Teils des Netzes für die Zeit nach 2017 - wenn der derzeitige Verkehrsvertrag zwischen dem Land Berlin und der Deutschen Bahn AG ausläuft - an andere Unternehmen. Zum zweiten die direkte Vergabe eines Viertels des S-Bahn-Netzes an die BVG. Als dritte Möglichkeit steht der Erwerb der S-Bahn durch das Land Berlin zur Diskussion. „Ingeborg Junge-Reyer und der rot-rote Senat haben die richtigen Schritte gemacht und den Druck auf die Berliner S-Bahn deutlich erhöht“, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller. **Fortsetzung S. II**

TIPPS & TERMINE

Frühjahrsprogramm erschienen. Das Frühjahrsprogramm des August-Bebel-Instituts



ABI August Bebel Institut

bietet wieder zahlreiche stadtpolitische Seminare und Rundgänge sowie Veranstaltungen zu aktuellen wie historischen Fragen. So werden die Volksbegehren und ihre Rolle in der Berliner Politik thematisiert. Und aus Anlass der Berliner Afrika-Konferenz vor 125 Jahren setzt sich das August-Bebel-Institut mit der alltäglichen Gegenwart der kolonialen Vergangenheit und Spuren der Kolonialzeit im heutigen Berlin auseinander. Das Programm kann telefonisch unter 4692 120 angefordert werden. Mehr im Internet: www.august-bebel-institut.de

Netzpolitisches Treffen.

Das Interesse an einer sozialdemokratischen Netzpolitik ist in Berlin besonders groß. Mehr als dreißig Interessenten kamen zum ersten Treffen der Initiative, die sich mit Themen wie Internetzensur, Urheberrecht, Netzneutralität der Zugangsprovider oder politischer Willensbildung übers Netz befassen will. Das zweite Treffen findet am 9. Februar um 20 Uhr im Restaurant Honigmond in der Borsigstr. 28 in Berlin-Mitte statt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

POLITIK FÜR DIE GANZE STADT

Rüdiger Scholz: „2010 wird ein Jahr der Profilierung“

Das Jahr 2010 wird für die Berliner SPD ein Jahr der Profilierung: Nach der herben Niederlage bei der Bundestagswahl wird es darauf ankommen, wieder selbstbewusst an den Erfolgen der sozialdemokratisch geführten Senatspolitik des vergangenen Jahrzehnts anzuknüpfen und im Dialog mit der Stadtgesellschaft Perspektiven unserer Regierungsverantwortung für das anbrechende Jahrzehnt zu entwickeln.

Wir wissen: Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend spontaner, politisches Vertrauen muss langfristig erarbeitet werden: Der von Klaus Wowereit geführte Senat hat diese Vertrauensbasis aufgebaut und

- die innere Einheit unserer Stadt vollendet,
- Berlin zur spannendsten Metropole Europas entwickelt,
- die mit immer mehr Schulden verbundene finanzpolitische Abwärtsspirale durchbrochen,
- mit einer konsequent auf Chancengleichheit ausgerichteten Politik in den Bereichen Kita, Schule und Hochschule den Grundstein für Zukunftsgerechtigkeit gelegt,
- Berlin zu einem führenden Wissenschaftsstandort ausgebaut und so die Basis geistiger, kultureller und wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit geschaffen.



Die Probleme der Stadt anpacken: SPD-Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz und der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller.

Jetzt sind zwei Weichenstellungen entscheidend. Erstens: Gelingt es, den Prozess von Berlins Aufstieg zu verstetigen und so zu gestalten, dass möglichst alle Berlinerinnen und Berliner die Möglichkeit eigenen Fortkommens entdecken? Zweitens: Wie gelingt es, die Früchte unserer Politik in wirtschaftliches Wachstum und mehr Arbeitsplätze für Berlin umzusetzen und dafür zu sorgen, dass möglichst viele Menschen hieran teilhaben können? Allein diese bei-

den Fragen machen deutlich: Die Berliner SPD wird gebraucht, Berlin braucht einen sozialdemokratisch geführten Senat!

Denn wie eine andere politische Logik aussieht, zeigt die schwarz-gelbe Bundesregierung. Treffend formuliert die frühere liberale Staatsministerin Hildgard Hamm-Brücher im „Spiegel“: „In der Regierung macht die FDP reine Klientelpolitik. Sie kümmert sich um die Steuerfragen einer bestimmten Schicht, das ist alles.“ Niemand kann ernsthaft glauben, eine solche Orientierung mache vor der Berliner Landesebene halt: Unsere politischen Konkurrenten von der FDP über Union und Grüne bis hin zur Linkspartei sind zutiefst durch ihre Klientelanliegen geprägt.

Die SPD wird sich daher 2010 als die Hauptstadtpartei profilieren müssen, die sich über Milieus und Schichten hinweg für alle Menschen unserer Stadt einsetzt. In den nächsten Monaten wollen wir mit mehreren „Hauptstadtkonferenzen“ den Dialog mit der Stadtgesellschaft suchen. Dabei stehen die Fragen von Integration und sozialer Teilhabe, von solidarischer Stadtentwicklung und hoher Lebensqualität, von wirtschaftlichem Wachstum, Innovationen und einer nachhaltig ausgerichteten Industrie auf der Tagesordnung. ■ Rüdiger Scholz

SENAT VERSTÄRKT DRUCK AUF BAHN

Wowereit und Junge-Reyer: Nahverkehr wieder in Fahrt bringen

Fortsetzung von Seite I

„Die Berlinerinnen und Berliner verdienen endlich wieder ein stabiles und qualitativ gutes Nahverkehrsangebot“, stellte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller fest. Hier seien die Deutsche Bahn AG und der Bund als Eigentümer in der Pflicht.

Zusätzlicher Druck könnte von Berlin aus mit einer Bundratsinitiative erzeugt werden: Sie soll es dem Bund als Bahneigner ermöglichen, Belange der Bürgerinnen und Bürger beim Bahnkonzern besser durchsetzen zu können. Ingeborg Junge-Reyer: „Es muss endlich wieder allen Beteiligten klar werden, dass die Arbeit der DB AG dem Allgemeinwohl zu dienen hat.“

Die bisherige Monopolstellung der Bahn hat mit den technischen Besonderheiten des S-Bahnnetzes in Berlin zu tun. Tunnelhöhen, Achslasten und Gleichstrom erfordern in Berlin Spezialfahrzeuge, über die derzeit nur die Deutsche Bahn verfügt. Etwaige neue Betreiber könnten bis 2017 bis zu 190 Viertelzüge



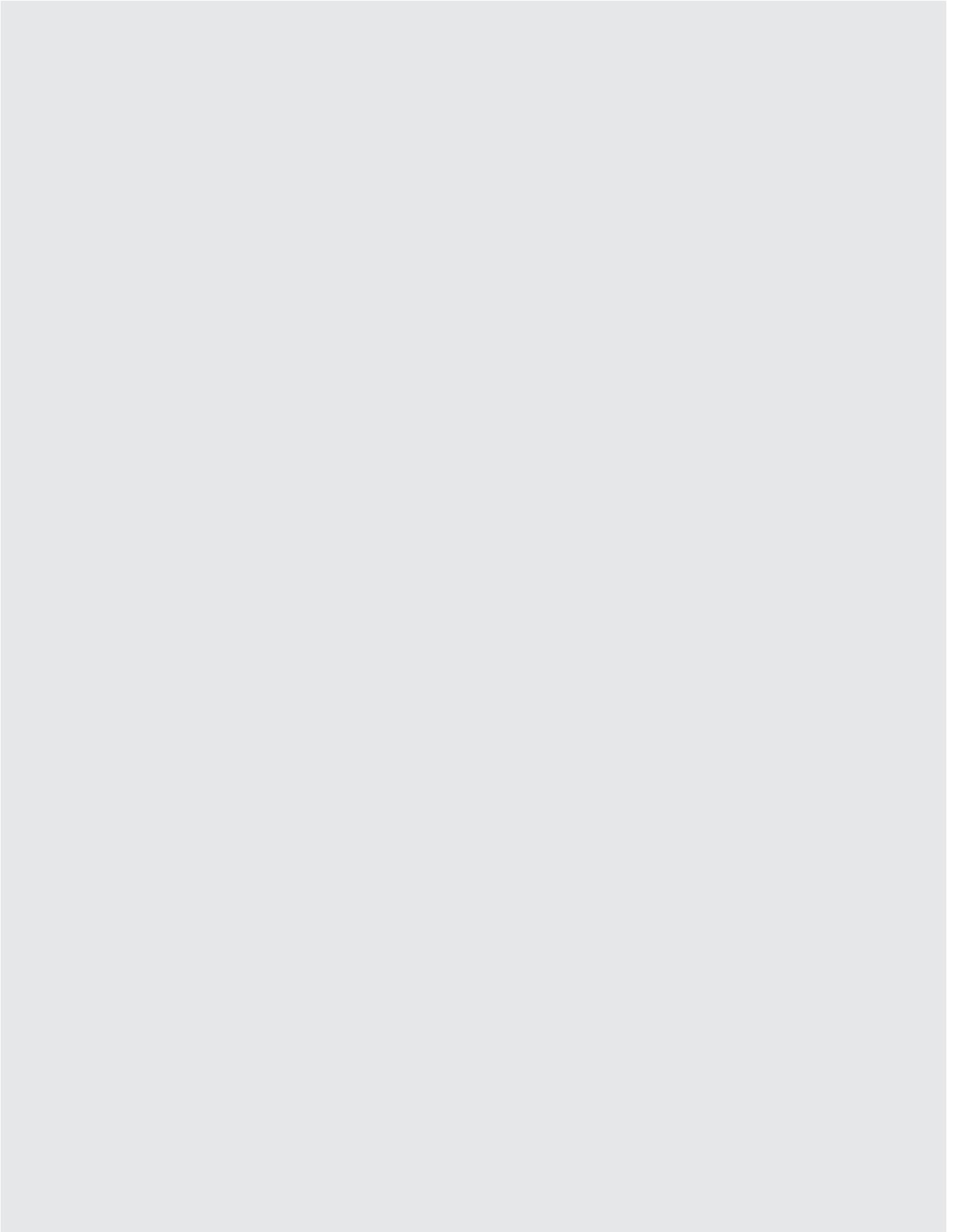
Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

beschaffen. Senatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Berlin hat stets eine kritische Haltung gegenüber dem Börsengang der DB AG vertreten. Dass wir uns derzeit so intensiv mit den Möglichkeiten des Wettbewerbs auseinandersetzen, liegt auch daran, dass die Bundesländer nur so die Monopolsituation aufbrechen können, um den Bürgerinnen und Bürgern einen guten Nahverkehr zu fairen Konditionen anbieten zu können.“

Berlin fordert deshalb, dass der Bund als Eigentümer der DB AG seine eigenen

Eingriffsrechte und -pflichten konkreter definiert und wahrnimmt. Ingeborg Junge-Reyer: „Ähnlich dem Schweizer Vorbild streben wir zudem eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Übertragung regionaler Schienenverkehrsnetze auf die Länder an. Dazu wollen wir auch erreichen, dass die Fahrzeuge insbesondere auf Netzen mit speziellen technischen Anforderungen (wie im Fall der Berliner S-Bahn) den Ländern zur Verfügung stehen können.“

Wegen der nicht erbrachten Leistungen kürzt das Land Berlin weiter die Zahlungen an die S-Bahn. Im vergangenen Jahr wurden 37 Millionen Euro einbehalten, für den zurückliegenden Januar werden es voraussichtlich 5 Millionen Euro sein. Zugleich forderte die Verkehrssenatorin die S-Bahn auf, weitere Vorschläge für die Entschädigung der Fahrgäste vorzulegen. „Die Wut der Fahrgäste ist berechtigt“, so die Senatorin. Der Druck scheint sich auszuzahlen - die Bahn signalisierte inzwischen weiteres Entgegenkommen. ■ uh



VORWÄRTS
PERSÖNLICH

Eröffnung des Wahlkreisbüros. Anja Hertel, Reinickendorfer SPD-Abgeordnete, hat Mitte Januar ein Wahlkreisbüro in der Lübarser Str. 2 eröffnet. Ehrengäste waren u.a. der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. „Es soll ein Treffpunkt nicht nur für Genossen sondern auch für Bürger werden. So wird z.B. meine monatliche Sprechstunde ab Februar dort stattfinden, aber auch regelmäßige Beratungs- und Informationsveranstaltungen sind geplant“, so Anja Hertel.

Ball der SPD-Friedenau. Wegen des großen Erfolges in den letzten beiden Jahren lädt die SPD Friedenau nun zum dritten Mal zu einer rauschenden Ballnacht ein. Sie findet am Sonnabend, dem 20. Februar 2010, im Schlesiensaal des Rathauses Friedenau statt.



Kartenreservierungen sind ab sofort möglich. Natürlich gibt es auch dieses Mal Tanzshow-Einlagen des Tanzsportclubs Blau-Silber Berlin e.V., ein stimmungsvolles Ambiente und kulinarische Köstlichkeiten. Einlass: 18:00 Uhr, Beginn: 19:00, Rathaus Friedenau, Schlesiensaal. Vorbestellung der Karten zu 28 Euro im Büro Edmund Hellmich, Telefon 030 - 51 73 66 14, E-Mail: mail@rechtsanwalt-hellmich.de.



Neujahrsempfang der SPD-Fraktion: Klaus Wowereit, Ulrich Nussbaum und Bilka Öney im Gespräch.

Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses hatte im Januar Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und dem sozialen Leben Berlins zum Neujahrsempfang eingeladen. Rund 250 Gäste folgten der Einladung in die Kalkscheune in Mitte. Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller begrüßte die Gäste in dem denkmalgeschützten Fabrikgebäude. Viele nutzten die Gelegenheit, um auch mit dem

„DIE RICHTIGEN
SCHWERPUNKTE“

Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, den SPD-Senatoren und den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. In seiner Begrüßungsrede betonte Michael Müller, dass große Vorhaben wie die Schulstrukturreform nur gemeinsam und mit breiter Unterstützung z.B. der Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Eltern erfolgreich umgesetzt werden



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Müller und das Vorstandsmitglied der KFZ-Innung Berlin, Anselm Lotz.

können. Neben der Bildungspolitik und der Sicherung von Arbeitsplätzen und Investitionen stehen 2010 die Themen Mietpolitik, Klimaschutz und Rekommunalisierung von ehemals landeseigenen Unternehmen auf der Fraktionsagenda. „Wir wollen als Partei des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft die stärkste Kraft in der Stadt sein. Und das tun wir, in dem wir die richtigen Schwerpunkte setzen“, sagte Michael Müller. ■ cs

80 JAHRE
SOZIALDEMOKRATIN

Franz Müntefering und die Abteilungsvorsitzende Martina Hartleib gratulierten Hildegard Schneller.

Seit 80 Jahren ist die Kreuzbergerin Hildegard Schneller Sozialdemokratin. Ihre SPD-Abteilung Südostern gratulierte ihr jetzt mit einer kleinen Feier, der ehemalige Parteivorsitzende Franz Müntefering heftete ihr die Ehrenbroche ans Revers. Zum Parteijubiläum seiner Großmutter war sogar Hildegard Schnellers Enkel Uwe Raab mit seinem Sohn Maximilian aus dem bayerischen Pegnitz angereist. „Unsere Familie ist mit vier Generationen in der SPD“, erzählte er, „meine Oma Hildegard, meine Mutter und ihr Lebensgefährte, meine Kinder Maximilian und Julia und ich.“ Gerne erinnert sich die 1915 geborene Sozialdemokratin vor allem an Zeiten, als die SPD in Berlin die absolute Mehrheit hatte. ■ K.D.

LICHTENBERGER SPD
EHRT EHRENAMELICHE

Justizsenatorin Gisela von der Aue, Abgeordnete und Bezirksstadträte gehörten zu den Gästen des Lichtenberger SPD-Empfangs.

Mehr als 250 Gäste besuchten am 8. Januar den traditionellen Neujahrsempfang der SPD Lichtenberg und der BVV-Fraktion. Er ist die größte Veranstaltung im Bezirk, auf der Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Verbände und Vereine und der demokratischen Parteien miteinander ins Gespräch kommen. Die SPD Lichtenberg verlieh erneut ihre Ehrenamtspreise an engagierte Lichtenberger. Sie gingen an Jochen Reischauer für seine Arbeit im Heinrich-Grüber-Zentrum der evangelischen Kirchgemeinde Hohenschönhausen Nord, an Peter Habeck für sein vielfältiges Engagement in Vereinen in Hohenschönhausen und Michael Schröder für seine Tätigkeit als Handballtrainer im Kinder- und Jugendbereich. ■ vwb

AUSSTELLUNG ÜBER
BRUNO TAUT

Bruno Taut war Architekt, Stadtplaner, Designer, Humanist, Sozialreformer und vor allem Künstler. Intellekt und Gefühl spiegeln sich in seinen Siedlungsbauten der 20er Jahre in Berlin und verleihen ihnen einen einzigartigen Charakter. Taut, der zu den frühen Mitgliedern des 1907 gegründeten Deutschen Werkbunds gehörte, wollte die Wohn- und Lebensverhältnisse seiner Zeit reformieren - nicht zuletzt mit expressiver Farbigkeit. Das Kulturforum Stadt Berlin und das August-Bebel-Institut zeigen bis zum 26. Februar in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eine Ausstellung des Werkbunds über Bruno Taut, die erstmals Tauts Berliner Wohnanlagen und Siedlungsbauten systematisch darstellt, aber auch Maßnahmen des Denkmalschutzes. Die UNESCO hat sechs denkmalgeschützte Berliner Siedlungen Tauts im Juli 2008 in die Liste des Welterbes aufgenommen. Dazu gehört auch die 1924 bis 1930 gebaute Schillerpark-Siedlung im Wedding. Bruno Taut lebte von 1936 bis zu seinem frühen Tod 1938 im türkischen Exil. Viele Gebäude des Architekten sind noch heute in türkischen Städten zu sehen. ■ vwb

Bruno Taut - Meister des farbigen Bauens in Berlin, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Wedding, Müllerstraße 163 - 13353 Berlin. Bis 26. 2. 2010, geöffnet dienstags bis freitags von 15 bis 18 Uhr.